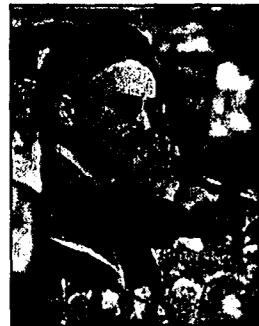


**NACHRICHTEN**

**Massengrab in Bosnien entdeckt**

SARAJEVO: Ein bosnisches Expertenteam hat am Wochenende die Überreste von 47 Menschen aus einem Massengrab in der Nähe von Srebrenica geborgen. Bei den Leichen handele es sich wahrscheinlich um 1995 getötete Moslems, sagte ein Sprecher des Teams am Montag. In der Nähe der südostbosnischen Stadt Foca hätten die Experten weitere 15 ermordete Moslems identifiziert. Die Moslems seien dort 1992 erschossen worden. Etwa 7000 Moslems werden offiziell vermisst, seit bosnisch-serbische Einheiten 1995 die damalige UNO-Schutzzone Srebrenica erobert hatten. Beauftragte des UNO-Kriegsverbrechertribunals in Den Haag haben seit dem Kriegsende vor fünf Jahren mehr als 2000 Leichen von mutmasslichen Srebrenica-Opfern aus Massengräbern in Nordbosnien exhumiert.

**Richtungskonflikt in Iran**



TEHERAN: In Iran spitzt sich der Kampf um die liberale Presse des Landes zu. Während die von Konservativen beherrschte Justiz am Montag die Schliessung von nahezu allen liberalen Blättern anordnete, verteidigte Staatspräsident Mohammed Chatami (Bild) die Meinungsfreiheit. Am Wochenende waren zwei leitende Mitarbeiter liberaler Blätter ins Gefängnis gekommen. Wie das staatliche Fernsehen am Montag berichtete, sagte Chatami auf einer Kabinettsitzung: «Meinungsfreiheit und Pluralismus sind das Recht des Volkes, und sie werden beständig als grosse Errungenschaften der Islamischen Revolution betrachtet.» Wie IRNA am Montag unter Berufung des Justizministeriums meldete, sollen die zwölf Zeitungen und Zeitschriften trotz Warnungen weiter Material veröffentlicht haben, das den Islam und die religiösen Elemente der Islamischen Revolution verunglimpft. Redaktoren sprachen von einer Massnahme ohne rechtliche Grundlage.

**Zehntausende an Ostermärschen**

FRANKFURT/MAIN: Über Ostern haben in Deutschland mehrere Zehntausend Menschen gegen Militäreinsätze und Rüstungsexporte demonstriert. Bei Protestaktionen in Stuttgart kam es am Montag zu Krawallen. Wie das zentrale Ostermarsch-Büro in Frankfurt am Montag mitteilte, fanden Aktionen in mehr als 60 Städten statt. Die meisten Menschen beteiligten sich an den Kundgebungen in der Wittstocker Heide bei Berlin. Dort protestierten 4000 Männer und Frauen gegen einen geplanten Bombenabwurfplatz. Die Ostermarschierer forderten ein Verzicht auf Auslandseinsätze der deutschen Bundeswehr, das Verbot von Rüstungsexporten, Abrüstung und Abschaffung aller Atomwaffen. Ein anderer Schwerpunkt der diesjährigen Ostermärsche war das Gedenken an den Kosovo-Krieg vor einem Jahr.

**Rebellenangriff in Tschetschenien**

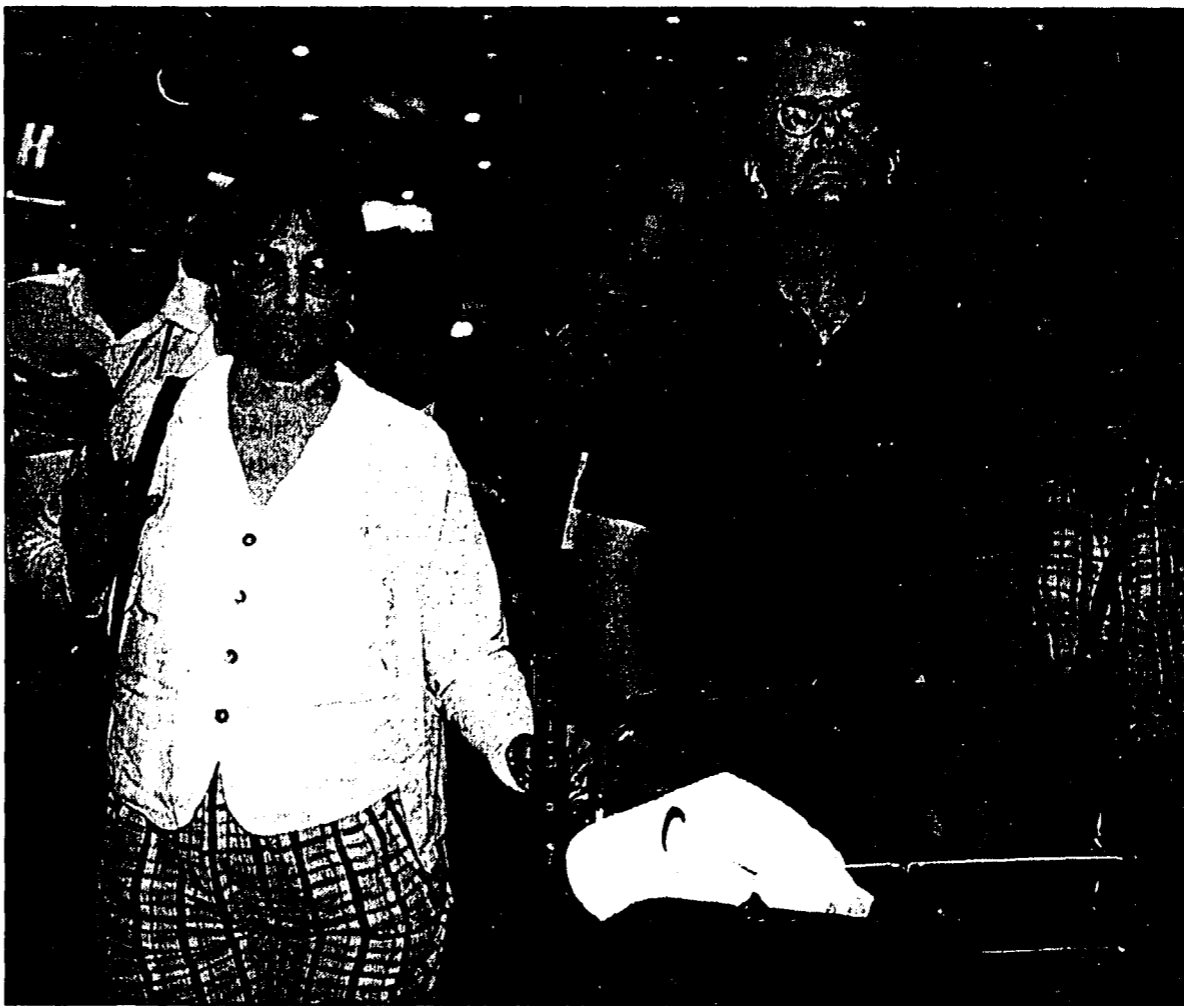
MOSKAU/GROSNY: Tschetschenische Rebellen haben bei einem Überfall am Sonntag mindestens 15 russische Elite-Soldaten getötet. Dies gab der russische Verteidigungsminister Igor Sergejew am Montag in Moskau bekannt.



Die Rebellen sprachen von 80 Toten. Nach russischen Militärangaben war ein Nachschub-Konvoi eines Fallschirmjäger-Regiments in den Bergen bei Serschen-Jurt trotz Sicherung durch Kampfhelikopter aus der Luft in einen Hinterhalt der Rebellen geraten. Ein Tankwagen und fünf Lastwagen wurden zerstört. Die Rebellen hatten den Konvoi Berichten zufolge mit ferngezündeten Minen gestoppt und dann mit Granatwerfern und Handfeuerwaffen beschossen.

**Touristen entführt**

KUALA LUMPUR: Zwanzig Touristen sind am Wochenende auf der malaysischen Ferieninsel Sipadan verschleppt worden. Sie sind nach malaysischen Angaben wohl auf. Bei den Entführern handelt es sich möglicherweise um islamische Extremisten aus den Philippinen. Die Geiseln seien nach ersten Erkenntnissen unversehr, sagte der malaysische Aussenminister Syed Hamid Albar, ohne Details zu nennen. Der Polizeichef des Landes sprach in der Hauptstadt Kuala Lumpur am Montag von einem politischen Hintergrund. Möglicherweise sei die Abu-Sayyaf-Guerilla, die im Süden der Philippinen operiert, in die Entführung verwickelt. Nach Angaben der Polizei in Malaysia kommen drei der Touristen aus Deutschland. Ferner seien unter den Geiseln zwei Franzosen, zwei Südafrikaner, zwei Finnen, eine Libanesin und Einheimische. Darunter seien ein Polizist, ein Tauchlehrer und Hotelpersonal. Zwei US-Touristen, James Murphy und seine Frau Mary (Bild), konnten fliehen. (Bild: Key)



**Neue Besetzungen im Landkonflikt**

Simbabwe: Anschlag auf oppositionsnahe Zeitung in Harare

HARARE: Im Landkonflikt in Simbabwe zeichnet sich keine rasche Lösung ab. Über das Osterwochenende besetzten Bürgerkriegsveteranen erneut Farmen Weisser. Bei einem Anschlag auf eine oppositionsnahe Zeitung in Harare wurde niemand verletzt. Eine der weltgrössten Tabakplantagen wurde am Sonntagabend von Anhängern von Präsident Robert Mugabe besetzt. Farm-Manager Duncan Hamilton und seine Familie wurden kurzfristig entführt, kamen jedoch auf Druck der Polizei wieder frei.

Die Polizei spiele jetzt eine «sehr aktive Rolle», sagte der Präsident des Farmerverbandes (CFU), Tim Henwood. Es habe in den letzten zwei Tagen einen «eindeutigen Wechsel» im Verhalten der bislang inaktiven Polizei gegeben. Insgesamt 45 Farmer seien von der Polizei auf ihre Farmen zurückbegleitet worden. Ihnen sei versichert worden, dass ihnen nichts geschehe, teilte die Farmervereinigung CFU weiter mit. Vor anderen Landgütern sollen sich vereinzelt Polizisten postiert haben. Nach Angaben des britischen Radiosenders BBC haben sich Landbesitzer von einigen Anwesen zurückgezogen, nachdem die weissen Siedler versprochen hatten, in Zukunft nicht die Opposition zu unterstützen. Auf einer Farm im Wedza-Bezirk, 130 Kilometer südöstlich der Hauptstadt Harare, wurden am Montag Tabakscheunen in Brand gesetzt. Einer der Vorarbeiter wurde entführt. Augenzeugen zufolge warfen Unbekannte am Samstagabend einen Sprengsatz aus einem fahrenden Auto auf das Gebäude der erst vor einigen Monaten gegründeten regierungskritischen «Daily News». Die Bombe sei unterhalb eines Büros explodiert.

**Ernährung der Weltbevölkerung**

Beratungen über nachhaltige Entwicklung

NEW YORK: Die achte Sitzung der UNO-Kommission für nachhaltige Entwicklung ist am Montag in New York eröffnet worden. Experten suchen nach Wegen, die wachsende Weltbevölkerung zu ernähren und dabei die natürlichen Ressourcen der Erde zu erhalten.

Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), Philippe Roch, leitet die Schweizer Delegation. Aufgabe der 1993 gegründeten UNO-Kommission ist, die Durchführung des auf der Rio-Konferenz angenommenen Aktionsprogramms zu überwachen. Diese «Agenda 21» hat zum Ziel, das Verhalten von Menschen in aller Welt so zu ändern, dass es eine nachhaltige Entwicklung erlaubt.

An den Beratungen bis zum 5. Mai nehmen 53 Länder teil, darunter auch die Schweiz. Der Direktor des

**Vorwürfe gegen Atommächte?**

Konferenz zum Atomwaffen-Sperrvertrag

NEW YORK: Vertreter der 187 Mitgliedsländer des Atomwaffen-Sperrvertrags sind am Montag zu Beratungen in New York zusammengekommen. Das Treffen dauert bis zum 19. Mai.

Bestrebungen nach Ansicht vieler Länder zu langsam voranzutreiben. Während der Konferenz soll ausserdem Israels Weigerung zur Sprache kommen, dem Abkommen beizutreten.

Experten erwarten bei der Konferenz Vorwürfe gegen die fünf offiziellen Atommächte: USA, Russland, China, Frankreich und Großbritannien, die ihre Abrüstung

Die Konferenz wird seit dem Inkrafttreten des Atomwaffen-Sperrvertrags im Jahr 1970 alle fünf Jahre angesetzt, um Fortschritte bei der atomaren Abrüstung zu überprüfen.

**Elián verbringt Ostern beim Vater**

Kritik der Republikaner - Regierung verteidigt Vorgehen

WASHINGTON: Der kubanische Flüchtlingsjunge Elián hat das Osterwochenende nach der Blitzaktion der Behörden bei seinem Vater abgeschirmt in der Umgebung von Washington verbracht. Die US-Regierung verteidigte am Ostermontag ihr Vorgehen erneut.

Arme schliessen. Vater und Sohn befinden sich nun abgeschirmt von den Medien auf dem Luftwaffenstützpunkt Andrews.

Die Verwandten aus Miami würden nicht zu ihnen gelassen. Der Vater will seinen Sohn mit nach Kuba nehmen. Er versichert jedoch, dass

er das Ende des juristischen Streits abwarten werde. Eliáns Mutter war letzten November auf der Flucht aus Kuba ertrunken.

Nach dem fünfmonatigen Tauziehen um Elián ist in den USA eine heftige politische Debatte entbrannt. Führende Republikaner warfen Justizministerin Janet Reno «Castro-Methoden» vor.



Der sechsjährige Elián war in der Nacht zum Samstag von mit Maschinenpistolen bewaffneten Beamten der US-Einwanderungsbehörde INS aus dem Haus der Verwandten in Miami geholt worden. Eine spanisch sprechende Beamtin trug ihn zu einem Auto und beruhigte ihn mit den Worten: «Keine Angst, wir bringen Dich zu Deinem Papa.»

Der kleine Elián konnte Ostern mit seinem Vater verbringen. (Bild: Key)

Der Fraktionsvorsitzende im Abgeordnetenhaus, Tom DeLay, erklärte, das Vorgehen der INS werde eine Anhörung im Kongress zur Folge haben. Der republikanische Senats-Mehrheitsführer Trent Lott sprach von Methoden, wie er sie nur von Revolutionsführer Fidel Castro in Kuba erwartet hätte.

Der republikanische Präsidentschaftskandidat George Bush sagte, mit der Aktion seien die amerikanischen Werte missachtet worden. Auch sein demokratischer Gegenkandidat, Vizepräsident Al Gore, kritisierte die Aktion als unangemessen.

Justizministerin Reno verteidigte das gewaltsame Eingreifen dagegen entschieden. Es sei nicht gelungen, bei den bis zur letzten Minute andauernden Verhandlungen mit den Verwandten in Miami einen Kompromiss auszuarbeiten.